

Ausschussgemeinschaft FDP/JU, Tränktorstraße 4, 85049 Ingolstadt

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Christian Scharpf

Datum 30.12.2022
Telefon (0841) 99 35 68 32
Telefax
E-Mail fdp.ju@ingolstadt.de

2023 endlich Schwung in digitale Verwaltungsleistungen bringen / Rückstand konsequent aufholen
-Antrag der Ausschussgemeinschaft FDP/JU vom 30.12.2022-

Gremium	Sitzung am	Beschlussqualität	Abstimmungsergebnis
Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht	16.02.2023	Kenntnisnahme	
Stadtrat	28.02.2023	Kenntnisnahme	

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

laut dem „Dashboard Digitale Verwaltung“ des Bundesinnenministeriums, das den Umsetzungsstand der Leistungen nach dem Onlinezugangsgesetz transparent macht, ist Ingolstadt im Vergleich der Kreise und Städte in Bayern auf einem der hintersten Plätze.

Bereits im Mai 2021 hat die Ausschussgemeinschaft FDP/JU mit ihrem Aktionsprogramm Digitalisierung mehr Tempo angemahnt und 15 Maßnahmen vorgeschlagen. Nach einer intensiven Debatte im Stadtrat wurde die Stadtverwaltung im Oktober 2021 mit konkreten Schritten beauftragt und dazu mit zusätzlichen Finanzmitteln ausgestattet. Zur Umsetzung ist wenig bekannt, außer, dass die Digitalisierungsstrategie zusammen mit einem externen Dienstleister weiterentwickelt werden soll.

Die Ausschussgemeinschaft FDP/JU stellt nunmehr folgende

Anträge:

- 1.) Die Verwaltung legt, wie vom Stadtrat beschlossen, eine Reihenfolge (mit Zeitschiene) der nächsten vollständig zu digitalisierenden Verwaltungsleistungen vor. Diese Reihenfolge wird anhand der Nutzungshäufigkeit plausibel begründet.
- 2.) Darauf aufbauend werden medienbruchfreie Schnittstellen zur BayernApp und zum BayernPortal hergestellt.

- 3.) Die Stadtverwaltung berichtet über das Ergebnis des vom Stadtrat beschlossenen Prüfauftrags beim Bundesinnenministerium, ob Ingolstadt Modellkommune für die Einführung der BürgerID (eID) wird.

Begründung:

Allgemein: Der Digitalisierung Prozess ist kein Selbstzweck, sondern muss konkrete Ergebnisse zeitigen. Im ersten Halbjahr wurde bei der Vergabe des Projekts „Aufgabenkritik“ das Monitoring des OZG noch als Entscheidungskriterium herausgehoben. Im Zwischenbericht war davon keine Rede. Im Bericht zum Status der Weiterentwicklung der Digitalisierungsstrategie ebenso wenig. Beschlüsse des Stadtrats sind allerdings konsequent weiterzuverfolgen.

Zu 1 + 2: Die Stadt Nürnberg ist mit 248 Online-Verfahren OZG-Spitzenreiter. Als Erfolgsrezept gibt die Stadtspitze an, dass sie sich bei der Umsetzung zunächst auf die am stärksten nachgefragten Verwaltungsdienstleistungen konzentriert. (Beispiele dafür sind etwa ein Bewohnerparkausweis zum Ausdrucken, Auskünfte aus dem Gewerberegister, Anträge auf Aufenthaltstitel oder der Wohngeldantrag.) Genau dieses Vorgehen haben wir schon im Mai 2021 gefordert; und so wurde es auch vom Stadtrat beschlossen. Statt vager Prozessentwicklungen müssen wir in die Umsetzung kommen!

Das Vorgehen, zunächst die dringlichsten Dienstleistungen in den Blick zu nehmen, folgt zudem der Vorgabe aus dem OZG, Prozesse entlang der Nutzerperspektive der Bürger zu priorisieren. Dafür ist die Stadt zudem aufgerufen, die Verwaltungsleistungen mit der BayernApp und dem BayernPortal zu verknüpfen.

Zu 3: Selbsterklärend; das Ergebnis der Anfrage beim Bundesinnenministerium ist nicht bekannt.

gez.
Jakob Schäuble
Stadtrat

gez.
Veronika Hagn
Stadträtin

gez.
Dr. Markus Meyer
Stadtrat

gez.
Karl Ettinger
Stadtrat